



Wo bleiben die Perspektiven?



Jörg Bruchmüller

Das Jahr neigt sich dem Ende – Grund genug für ein (ernüchterndes) Resümee aus gewerkschaftspolitischer Sicht. Das polizeiliche Tagesgeschäft und die Gewerkschaftspolitik wurden in erster Linie beherrscht durch das Thema Gewalt. Gleichsam einem roten Faden hielten uns die Ereignisse bei Demonstrationen anlässlich der internationalen Finanzkrise wie beispielsweise M 31 und Blockupy sowie zahlreiche Fußballeinsätze inner- und außerhalb Hessens in Atem. Hinzu kam die bittere Erkenntnis, dass auch im allgemeinen Streifendienst mangelnder Respekt, mitunter Wut und Hass unseren Kolleginnen und Kollegen entgegen-schlug und sich mittels körperlicher Gewalt gegen diese entlud. Erschreckend ist der 25-prozentige Anstieg von Gewalt-handlungen gegen Polizeibeamtinnen

und -beamten. Die hohe Zahl von 1782 Fällen, davon 1663 (93%) im Streifen-dienst, ist alarmierend und besorgner-rend zugleich. Wer will da noch die Augen verschließen? Es beschleicht mich manchmal der Eindruck, dass die Men-schen für fragwürdige politische Ent-scheidungen zunehmend ihren kollekti-ven Unmut auch beim Träger des staatli-chen Gewaltmonopols entladen. Die Po-lizei als Spielball der Gewalt, soweit darf es nicht kommen. Da hilft es nur wenig, wenn Innenminister Boris Rhein (CDU) und der innenpolitische Sprecher der FDP, Wolfgang Greilich, die GdP-Initia-tive eines neuen § 115 StGB unterstützen, der eben nicht nur eine besondere Voll-streckungsmaßnahme als Tatbestands-merkmal vorsieht, sondern allein den Angriff auf unsere Kolleginnen und Kol-legen, beispielsweise bei einer Personali-enfeststellung, oder bei rein präventi-ven Maßnahmen (Fußstreifen, Absper-rung bei Einsätzen) unter Strafe stellt. Diese Unterstützung, auch gegen die ei-genen Parteifreunde auf Bundesebene, ist löblich, bleibt aber vorerst nur ein Lip-penbekenntnis. Ich bin sicher, dass über kurz oder lang auch in Berlin die Er-kenntnis reifen wird, dass man dem be-sonderen Schutzerfordernis von Polizis-tinnen und Polizisten nachkommen muss. Die hessische Landesregierung ist in der politischen Situation, den Föderalismus leben zu können. Daher hat sie durchaus die Möglichkeit, der zunehmenden Ge-walt und den teils unzumutbaren Belas-tungen zu begegnen.

Was bedeutet für die Landesregierung Anerkennung der polizeilichen Arbeit und die Wertschätzung derer, die sie er-arbeiten, also unsere Kolleginnen und Kollegen? Zur Erinnerung: Mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Beruf, 42-Stunden-Woche, ständig steigende Überstunden durch neue Aufgaben und vermehrte Einsatzlagen an Wochenen-den, Überalterung des Personalkörpers und zunehmend eingeschränkt Dienst-fähige sind kumulative Belastungen, wie sie die hessische Polizei noch nicht erlebt hat. Der Frust in der „Mannschaft“ ist auch deswegen so groß, weil man über einige Wochen und Monate zur Kenntnis nehmen musste, dass auch bei der Polizei massive Einschnitte in der Beihilfe ge-plant waren und nur aufgrund deutlicher Proteste der GdP nicht umgesetzt wur-den. Auch die Abschmelzung von Ver-sorgungsbestandteilen, massive Verzöge-rung von Gehaltsübertragungen und nicht zuletzt die bereits beschriebene Gewalteskalation sind alles andere als ein deutliches Zeichen im Sinne eines: „Wir stehen an eurer Seite! Wir erkennen die besonderen Belastungen aller Polizei-beschäftigten an! Wir halten Wort und wollen die Belastung einer 42-Stunden-Woche beenden, weil besonders der Schichtdienst ausbrennt! Wir schützen die, die den Staat schützen, mehr denn je!“

Das kommende Jahr wird insofern überaus spannend. Die hessischen Poli-zeibeschäftigten haben zu Recht eine im-

Fortsetzung auf Seite 2



Schon wieder steht Weihnachten vor der Tür. Die Adventszeit ist meistens überlagert von geschäftigem Treiben, vom Hasten und Eilen nach den letzten Geschenken. Alles muss noch gerichtet werden, kurz und gut, der Weihnachtsrummel holt uns ein.

Haben wir noch Zeit, beziehungsweise wird es uns in diesem Jahr einmal gelingen, unsere Aufmerksamkeit auch in unser Innerstes zu lenken? Welche Sehnsüchte haben wir denn, was verbinden wir mit der Adventszeit, mit Weihnachten? Es werden sich fast alle an ihre Kindheit erinnern und wie sie Weihnachten erlebt haben.

Wir wünschen Euch allen, dass Ihr Euch in dieser Zeit aus dem Stress des Alltags herauslösen und mit Euren Familien, Freunden und Verwandten ein friedvolles, gesegnetes Weihnachtsfest 2012 feiern könnt.

Für das kommende Jahr wünschen wir alles Gute, vor allem Glück und Gesundheit.

Eure GdP Hessen und PSG Hessen



Fortsetzung von Seite 1

mense Erwartungshaltung gegenüber der Landesregierung. Unsere aktuellen Verhandlungen im Bereich der Stellenhebungen müssen endlich zu nachhaltigen Verbesserungen führen. Eine transparente Personalentwicklung und ausgewogene Stellenstruktur im Polizeivollzug sowie Höhergruppierungsmöglichkeiten im Tariffbereich mit entsprechender Stellenausstattung sind dringend erforderlich. Darüber hinaus sind besondere Erschwernisse zu berücksichtigen. Die Zulagen für den Dienst zu ungünstigen Zeiten (DUZ) und andere verharren seit Jahrzehnten auf dem gleichen Niveau und stehen den besonderen Belastungsaufwendungen der freien Wirtschaft deutlich nach. Auch hier muss ein Zeichen der Wertschätzung für den Schichtdienst gesetzt werden. Und schließlich muss das abgehende Personal durch ausreichende Neueinstellungen rechtzeitig ersetzt werden und eine Arbeitszeit festgelegt werden, die eine 40-Wochen-Stunde (wie im Tariffbereich) nicht übersteigt.



Was meint die Landesregierung? Zuviel verlangt? Nicht finanzierbar? Wunschzettel etwas zu lang?

Meine Antwort: Mit Blick über die Landesgrenzen, aufsprudelnder Steuereinnahmen, die Finanzkraft eines Geberlandes, die horrenden Ausgaben für fragwürdige IT-Verpflichtungen (SAP), auf

Einnahmen durch polizeiliche Einsätze in anderen Bundesländern sind die Forderungen längst überfällig, angemessen und durchaus verantwortlich finanzierbar. Die Polizeibeschäftigten der hessischen Polizei haben ihren Beitrag zur Konsolidierung des Haushaltes bereits mehr als erfüllt. **Jörg Bruchmüller**

GdP IM GESPRÄCH

Verbesserungen müssen nachhaltig auch an der Polizeibasis ankommen

Mitte November fand in der GdP-Geschäftsstelle ein weiterer Gedankenaustausch zwischen Landespolizeipräsident Udo Münch und dem geschäftsführenden Landesvorstand der GdP statt.

Dabei kamen auch die Anfang November in der Presse erhobenen generellen Rassismusvorwürfe gegen die hessische Polizei aufgrund eines Vorfalles in der Frankfurter U-Bahn zur Sprache. In der Bewertung waren sich LPP und GdP einig, dass diese pauschalen Verdächtigungen mit Vehemenz zurückgewiesen werden müssen. Sollten sich Verdachtsmomente erhärten, dass Polizeibeamte nicht korrekt gehandelt haben, müssen die aufgeklärt und bewertet werden. Pauschalierte Vorwürfe mögen in die derzeitige allgemeine öffentliche Stimmungslage passen, werden aber weder der hessischen Polizei noch den eingesetzten Polizisten gerecht. Vorverurteilt ist man schnell! In dem weiteren Gespräch untermauerte



Landespolizeipräsident Udo Münch (rechts) folgt aufmerksam den Ausführungen des GdP-Landesvorsitzenden Jörg Bruchmüller (links).



GdP IM GESPRÄCH

die GdP ihre Forderung nach der dringend gebotenen Anhebung der Vergütungssätze für den Dienst zu ungünstigen Zeiten (DuZ), sieht jedoch auch akuten Handlungsbedarf bei der Schichtzulage und dem nach wie vor bestehenden Beförderungsschichtzulage, insbesondere an der Basis.

Bei der DuZ erfolgte in Hessen seit dem Jahr 2004 keine Anpassung der Regelsätze mehr. Währenddessen ist im Bundesdurchschnitt der Stundensatz für die Sonntagsarbeit um gut 20 Cent angehoben worden. Deutlicher ist die Anhebung der Regelsätze für die werktägliche Nacharbeit in Bayern erfolgt und liegt jetzt knapp unter dem Satz für die Sonntagsarbeit.

Die GdP stellte gegenüber dem LPP Udo Münch aber auch klar, dass nach wie vor die Schichtzulage für unregelmäßige Dienste, wie sie z. B. bei den OPE'en, Verkehrsdiensten, Ermittlungseinheiten von S und K geleistet werden, immer noch nicht geregelt sei, obwohl Hessen seit einiger Zeit im Rahmen des Föderalismus dazu die Kompetenz habe.

Landespolizeipräsident Udo Münch sah hier ebenfalls Handlungsbedarf und stellte die Frage nach der Priorität. Sei es nicht wichtiger, erst einmal die Gewährung der Schichtzulage zufriedenstellend zu lösen und im zweiten Schritt die Regelsätze für die DuZ anzuheben? Eine vorschnelle Priorisierung sei dabei nicht das Gebot der Stunde.

TERMINHINWEIS**Polizeiauswahlbörse für Uniformeffektensammler**

Am Sonntag, 10. März 2013, 8.00 bis 14.00 Uhr, findet in der Bundesbereitschaftspolizeiabteilung in 34233 Fulda, Niedervellmarsche Str. 50, eine **Polizeiauswahlbörse für Sammler von Polizeiabzeichen und Uniformteilen** statt.

Tischreservierung bei:

Burghardt Graf, Tel. 05 61/88 02 50, Mail: bpolgrafg@arcor.de oder Wolfgang Weide, Tel. 0 56 06/77 16 Mail: polizeisammlungweide@web.de, bzw. Mail: Wolfgang.Weide@polizei.hessen.de

Zentraler Punkt des Gedankenaustausches war die Beförderungssituation, insbesondere in den Schichten und Ermittlungseinheiten.

Mit dem letzten Hebungsprogramm, dessen dritte Rate in 2013 wirksam wird, wurde die Problemlösung des „A10er-Bauchs“ positiv eingeleitet. Es waren zwar kleine Schritte, diese führten aber in der Summe auch zum Ziel. Einig waren sich GdP und Landespolizeipräsident, dass weitere Hebungsprogramme folgen müssen. Insbesondere den fehlenden A10er-Beförderungsmöglichkeiten im Rhein-Main-Gebiet als auch der unbefriedigenden Beförderungssituation nach A 11 in den lebensälteren Bereichen muss besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. In der teils lebhaften Diskussion wurde auch klar, dass das „Gießkannenprinzip“ oder die „lupenreine“ Anwendung des Königsteiner Schlüssels nicht zielführend sind. Bei einer Fortführung des Hebungsprogramms muss man die Bedarfe der einzelnen Personalbewirtschaftler genau analysieren und die Verteilung dementsprechend gezielt vornehmen. Dies gilt sowohl für die Zuweisung auf die einzelnen Personalbewirtschaftler als auch für die Vergabe der Möglichkeiten innerhalb derselben.

Landespolizeipräsident Udo Münch konnte auch kleine Erfolge vermelden. So wurde das Leihgeld auf einen Satz angehoben, der die abzuführende Steuer neutralisiert. Ebenso wird zukünftig eine Fliegerzulage in Höhe von 50 Euro gewährt.

Eine wichtige Aussage des Landespolizeipräsidenten ist, dass für die Teilnahme im Rahmen des behördlichen Gesundheitsmanagements allen Beschäftigten bis zu zwei Stunden pro Monat gutgeschrieben werden können. Ein kleiner aber wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Ebenfalls breiten Raum nahmen die Beratungen um die Länderkooperation mit Rheinpfalz, Baden-Württemberg und dem Saarland ein. Bei den Kolleginnen und Kollegen der hessischen Wasserschutzpolizei sind deutlich sichtbare Ängste und Fragezeichen auf der Stirn zu erkennen, betonten die GdP-Vertreter. In seinen Ausführungen legte Landespolizeipräsident Münch dar, dass es keinen Sinn mache, auf dem Rhein gegenüberliegend WSP-Stationen zu unterhalten. Ziel sei es in Hessen, die WSP-Stationen Gernsheim und Rüdeshheim im 24-7-Rhythmus zu betreiben und damit personell aufzustocken. Für die Kolleginnen und Kollegen, deren Wunsch es weiterhin ist, im Bereich Wiesbaden ihren Dienst zu versehen, werde man eine beiderseitig zufriedenstellende

Lösung finden. Es müsse jetzt Geld in die Hand genommen werden, um die erforderlichen Erweiterungsmaßnahmen bzw. Renovierungen vorzunehmen. Mit dieser Neuregelung übernehme Hessen im überwiegenden Teil die wasserschutzpolizeiliche Verantwortung auf den hessisch/rheinland-pfälzischen Rheinkilometern.

Aber auch das immer wieder von Auflösungsgerüchten gebeutelte Hessische Landespolizeiorchester (LPO) habe nach Aussage des Landespolizeipräsidenten seinen festen Platz in der hessischen Polizei. Losgelöst von Fragen, wo das LPO probt, haben wir auch in Zukunft unser LPO. Veranstaltungen und Feierlichkeiten ohne die musikalischen Darbietungen unseres LPO würde sonst der feierlich würdigen Rahmen fehlen.



Landespolizeipräsident Udo Münch

GdP und Landespolizeipräsident waren sich ebenfalls darin einig, dass sich die jetzige Teilung des Hochschulstudiums in eine S- und K- Laufbahn nicht als so praxistauglich herausgestellt hat, wie es anfangs gedacht war. Nach einem qualifizierten Polizeistudium müssen immer noch Regelungen geschaffen werden, die die Durchlässigkeit in den jeweilig anderen Bereich bewerkstelligen. Dies ist nicht im Sinne des Erfinders. Über eine Neugestaltung muss man sich dringend unterhalten. Motto ist, das eine zu tun, ohne das andere zu lassen.

Abschließend bedankte sich LPP Udo Münch bei den GdP-Vertretern für das offene und vertrauensvolle Gespräch und äußerte den Wunsch, derartige Gespräche in kurzen Zeitabständen durchführen zu wollen. Jörg Bruchmüller unterstütze diese Forderung von LPP Udo Münch und zog ebenfalls ein positives Resümee. Derartige Arbeitsgespräche lassen frühzeitig keine Missstimmungen aufkommen und die jeweiligen Argumente tragen zu einer zielorientierten Fortentwicklung bei. **Ewald Gerk**



Todesschüsse sind und werden nicht vergessen!



Im Sommer entschlossen sich die Mitglieder des Hauptpersonalrates der hessischen Polizei, gerade im Lichte der zunehmenden Gewalt gegenüber Polizeibeschäftigten, unseren Kollegen Thorsen Schwalm und Klaus Eichhöfer anläss-

lich des 25. Jahrestages der Startbahnmorde zu Gedenken. So nahmen dann im Herbst die Planungen „Fahrt“ auf und unter der Regie der Bereitschaftspolizei, koordiniert über das HMdFuS, wurden aus den Ideen feste Größen. Neben einem ökumenischen Gottesdienst, einer Kranzniederlegung an den Gedenktafeln unserer Kolle-

gen Schwalm und Eichhöfer sollte auch eine eigens zu diesem Anlass konzipierte Ausstellung Raum und Platz bieten, den Anwesenden die tragischen Ereignisse vor 25 Jahren in Erinnerung zu rufen.

Beeindruckend war die Tatsache, dass sich viele Angehörige beider Familien zur Gedenkfeier angemeldet hatten. Im Intranet wurde hessenweit zur Gedenkfeier eingeladen, so dass interessierte Kolleginnen und Kollegen ebenfalls gerne willkommen waren. Innenminister Rhein und Landespolizeipräsident Münch landeten erst in den Vormittagsstunden des 2. November auf dem Frankfurter Airport, beide kamen von einer Betreuungsreise aus Afghanistan und dem Kosovo zurück.

digd deutlich, dass Gewalt gegenüber den Polizeibeschäftigten in der heutigen Zeit aktueller denn je ist. Sie erinnerten an die tragischen Ereignisse vor 25 Jahren und sprachen den Angehörigen wie auch den Polizistinnen und Polizisten Trost zu. Musikalisch umrahmt wurde der Gottesdienst durch Bläserquintetts des Landespolizeiorchester Hessen.

Kranzniederlegung an der Gedenkstätte

Nach dem Gottesdienst zogen Geistliche, Angehörige und Kolleginnen und Kollegen zum Gedenkstein. Dort legte Innenminister Rhein, flankiert von zwei Kollegen, einen Kranz nieder. Die tödlichen Schüsse auf die Beamten wurden im Schutze der Dunkelheit hinterhältig abgefeuert. Man habe den Täter einen Tag später festnehmen können. Das Gericht verurteilte den Täter nicht wegen Mordes, sondern wegen Totschlags zu 15 Jahren Haft. Nach nur zehn Jahren wurde der Täter aus der Haft entlassen. Die Opfer sind nicht vergessen, so der Innenminister. Deswegen sind wir heute hier!

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die Januar-Ausgabe ist Sonntag, der 2. Dezember 2012.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Hessen

Geschäftsstelle:
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden
Telefon (06 11) 99 22 7-0
Telefax (06 11) 99 22 7-27

Redaktion:
Ewald Gerk (Vi.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33 vom 1. Januar 2011.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6446

Ökumenischer Gottesdienst

Die feierlich geschmückte Sporthalle bot den mehreren hundert Anwesenden Raum, sich vor Beginn des ökumenischen Gottesdienstes nochmals auszutauschen. Viele Kollegen hatten sich jahrelang nicht gesehen und auch bereits pensionierte Kollegen nutzten die Gelegenheit für intensive Gespräche. Dies machte deutlich, dass die Notwendigkeit dieser Gedenkfeier bereits vor dem offiziellen Beginn „bewiesen war“. Der ehemalige Bundesvorsitzende der GdP, Hermann Lutz, erinnerte sich an Details der Trauerfeier vor 25 Jahren im Frankfurter Dom, als sei diese erst gestern gewesen. Die Polizeiseelsorger, Landespolizeipfarrer Grützner, Leitender Polizeipfarrer Hinz, Landespolizeidekan Heil sowie die zuständigen Polizeiseelsorger der Mühlheimer Bereitschaftspolizei, Steinhäus und Michalik, machten in ihrer Pre-



Hauptpersonalratsvorsitzender Jens Mohr hält eine bewegende Rede zum 25. Jahrestag der Startbahnmorde.

Ausstellung zum Gedenken an die Einsätze an der Startbahn West

Zu Beginn der Ausstellung machte der Vorsitzende des Hauptpersonalrates der hessischen Polizei deutlich, dass der



POLIZISTENMORDE AN DER STARTBAHN 18 WEST



Die Seelsorger beider Konfessionen gedachten der erschossenen Kollegen in einer ökumenischen Andacht.



Nachdenkliche Kollegen.

heimtückische Mord an Thorsten Schwalm und Klaus Eichhöfer noch heute eine ganze Polizeigeneration nicht loslässt. Gleichwohl der Polizeiberuf ein gefahrengeneigter ist, waren im Rahmen von Demonstrationen niemals zuvor in Deutschland Polizisten durch Schüsse getötet worden. Es sei, so der HPR-Vorsitzende, unverzeihlicher Rechtsbruch, die Freiheit zu demonstrieren, als Frechheit zu demolieren, zu verletzen und gar zu töten, zu missbrauchen! Bei anderen dienstlichen Einsätzen in Deutschland hatten seit 1. Februar 1961 schon über 100 Beamtinnen und Beamte ihr Leben verloren, davon 85 durch Schusswaffen. Mohrherr erinnerte in seiner Ansprache an die Trauerfeier für die Kollegen Schwalm und Eichhöfer am 10. November 1987. 20000 Polizistinnen und Polizisten zogen durch die Frankfurter Innenstadt, um ihrer Kollegen zu Gedenken. Die Stimmung innerhalb der Polizei der achtziger Jahre des zurückliegenden Jahrhunderts war schlecht, weil sich die Kolleginnen und Kollegen von der Politik im Stich gelassen fühlten. 1981 schrieb Erich Böhme in seiner Kolumne im SPIEGEL über „Recht haben und Rechthaben“. „Schwach ist der Staat, dessen Politiker sich für unfehlbar halten und hinter den Schilden ihrer Polizei verstecken. Unruhe wird dann zur Bürgerpflicht“.

Hessische Polizisten leisteten im Flughafenbereich „Organleihe“ für den eigentlich zuständigen Bund. Permanente Einsätze, auch an der Startbahn West, hatten Folgen: Dienstunfälle, Erkrankungen, Ausfalltage. Verletzungen heilten und vernarbt. Seelische Wunden sind geblieben. Hass und Feindseligkeit zu bewältigen, gehörte zum beruflichen Alltag. Dringend benötigte Rechtsgrundlagen, wie das Vermummungsverbot oder die rechtlichen Handhaben im Versammlungsgesetz, verkamen zum politischen Spielball unterschiedlicher politi-

scher Interessen. Jahrelang haben auch die Medien den verummten Straftäter „Demonstrationen und Polizisten forderten damals nichts anderes als geeignetes Handwerkszeug für die tägliche Arbeit. Klare rechtliche Regelungen sind für die Polizei notwendig. Sie waren es und sie sind es, gerade mit Blick auf die zunehmende Gewalt gegen unseren Berufsstand. Persönliche Schutzausrüstungen, welche Gesundheit und die körperliche Unversehrtheit von uns Polizistinnen und Polizisten schützen sollten, gab es 1987 allenfalls in rudimentärer Ausführung. Bundespräsident Richard Karl Freiherr von Weizsäcker erklärte bereits 1986 in der PFA in Münster-Hiltrup vor leitenden Polizeibeamten aus ganz Deutschland: „Polizeibeamte haben es in ihrem Dienst mit recht unterschiedlichen Gefühlen ihrer Mitbürger zu tun. Die ganz überwiegende Mehrheit dieser Mitbürger möchte nicht nur selbst in Ruhe und Frieden leben, sondern sich darüber hinaus so verhalten, dass dabei auch die anderen in Ruhe und Frieden leben können. Es sind nur Außenseiter, die unter Missachtung der Rechtsordnung diesen Frieden stören. Die Polizei ist dazu da, die Achtung vor dem Recht durchzusetzen. Dafür trägt sie ihre Haut zu Markte! Die Polizei sichert den Bürgerinnen und Bürgern ein Leben, das sie unbelästigt und im Rahmen der Rechtsordnung führen können. Wir schulden der Polizei, die sich dafür immer wieder exponieren muss, alle miteinander Dank. Dazu gehört auch eine gute Zusammenarbeit von Polizei und

Politik. Die Politik darf sich nicht der Versuchung hingeben, sich selbst mit großen Worten populär zu machen, der Polizei aber den schweren und den stillen Dienst zu überlassen. Es gilt, die Polizei von Entscheidungen zu entlasten, für die in der Politik die Zuständigkeit und die Verantwortung liegen.“

Heute ist sicherlich einiges anders geworden, vieles auch besser. Aber ein konsequentes Handeln im Sinne der Polizeibeschäftigten – aller politisch Verantwortlichen – egal welcher Couleur, die in den zurückliegenden 25 Jahren Verantwortung für die Polizei getragen haben, „war nicht immer durchgehend spürbar. Denn früher wie heute gilt: Ausschreitungen bei Demonstrationen werden in der gesellschaftlichen Wahrnehmung allzu oft als „alltäglich hingenommen“. Die Gesellschaft macht sich oft nicht klar, wie groß die Angst bei den Ehepartnern, Lebenspartnern und Angehörigen ist, wenn Frauen und Männer Polizeidienst leisten, 24 Stunden am Tag, sieben Tage in der Woche, 365 Tage im Jahr.



Ehrenbezeugung bei der Kranzniederlegung.

Polizistinnen und Polizisten, die in Ausübung ihres Dienstes verletzt oder gar getötet wurden, sollten für Dienstherren und Regelgeber wahrlich Grund genug sein, Maßnahmen zu treffen, durch

Fortsetzung auf Seite 6



POLIZISTENMORDE AN DER STARTBAHN 18 WEST

Fortsetzung von Seite 5

die weitere Opfer für Sicherheit und Ordnung vermieden werden können!

Landespolizeipräsident Münch machte, sichtlich beeindruckt von den Eindrücken und den Bildern der Ausstellung, den Anwesenden deutlich, wie schwer der damalige Dienst für die Kolleginnen und Kollegen war. Einsatzdienste am Flughafen mussten zusätzlich zu den Regeldiensten geleistet werden.

Der 2. November 1987 aber wird Anlass bleiben, Thorsten Schwalm und Klaus Eichhöfer nicht zu vergessen. Uns Polizeibeschäftigten wird am Jahrestag

des Mordes an unseren Kollegen wieder bewusst werden, was menschenverachtende Missachtung demokratischer Rechte anrichten kann! Unsere Pflicht ist und bleibt es, die Erinnerung an das tragische Ereignis auch bei denen wachzuhalten, die gerne rasch vergessen!

Jens Mohrherr



Startbahn 18 West während der Baumaßnahmen. Rechts und links des Bauzauns standen sich Polizei und Demonstranten gegenüber.

GdP-POSITIONSPAPIER: VEREINBARKEIT VON FAMILIE UND BERUF

Im Dialog mit Staatssekretär Koch und Dr. Seubert

Über die Arbeit in der GdP-Frauengruppe (Bund) haben wir uns bereits in den 80er-Jahren mit dem Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf grundlegend auseinandergesetzt.

Die besonderen Problemstellungen in unserem Beruf mit seinen hohen Ansprüchen und enormen Belastungen für unsere Kolleginnen und Kollegen fordern uns täglich immer wieder aufs Neue.

Das Streben nach beruflichem Erfolg und der Wunsch nach einem erfüllten Familienleben lassen sich, gerade bei der Polizei, nur mühsam in Einklang bringen.

Auch die GdP in Hessen hat sich dieser schwierigen Aufgabe mit all seinen Herausforderungen gestellt. Das auf Bundesebene erarbeitete und beschlossene Positionspapier der GdP haben wir auf die hessischen Belange hin überarbeitet und im Dezember 2010 im Landesvorstand beschlossen. Bereits im Oktober 2009, anlässlich der Landesfrauenkonferenz in Weilburg, haben wir dem damaligen Staatssekretär Boris Rhein unser Konzept vorgestellt und die Zusammenarbeit angeboten.

Boris Rhein stellte in dieser Konferenz ausführlich das Kurzporträt des HMDIuS vor, in dem das Ziel der mittlerweile angelaufenen Re-Auditierung beschrieben wird.

Rhein lobte das Positionspapier der GdP und merkte an, dass hierin aber auch einige Punkte enthalten seien, die sich in Hessen schwer umsetzen ließen. Dennoch:

„Es gibt eine Menge, an dem wir ab sofort arbeiten können; dies können wir auch ohne audit“, so Boris Rhein damals zu diesem Thema.

Was ist seitdem passiert?

Mit der Entwicklung auf diesem Gebiet können wir als GdP ganz und gar nicht zufrieden sein. Der „politisch verordnete“ Personalabbau hat sich natürlich bis in die „Ist-Zeit“ übertragen und hat eine wirklich erfolgreiche Entwicklung hin zu einer „gelebten Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ mächtig verhegelt. Grund genug für uns als GdP, erneut das Gespräch mit den heute politisch Verantwortlichen zu führen. In Herrn Staatssekretär Werner Koch und dem Leiter des LPP 3, Herrn Dr. Walter Seubert, standen uns kompetente Ansprechpartner Rede und Antwort. In diesem ersten Austausch haben wir als GdP den schleppe Verlauf von Umsetzung, einiger grundsätzlicher Verbesserungen in der hessischen Polizei, bemängelt.

Werner Koch verspricht gleich zu Beginn des Gesprächs, dass wir nicht stehenbleiben wollen und dieses sensible Thema weiter begleitet wird. Klagen aus verschiedenen Dienststellen der Polizei kamen auch im Innenministerium an und werden dort sehr ernst genommen.

Mit diesem Austausch haben wir den zweiten Startschuss für den Einstieg in mehr

Vereinbarkeit von Familie und „Polizeiberuf“ gegeben – und man möchte den Weg gemeinsam mit der GdP gehen.

Es wurde vereinbart, dass im Dezember ein weiteres Treffen stattfindet, um gemeinsam einen Arbeitsentwurf zur Vorlage an Herrn Staatssekretär Werner Koch zu erarbeiten.



Sandra Temmen und Lothar Hölzgen haben maßgeblich das GdP-Positionspapier erarbeitet und die nötigen Gespräche geführt.

Seitens LPP 3 gab es bei diesem Gespräch einige sehr interessante Maßnahmen, die allerdings in Teilen noch auf ihre Realisierung hin überprüft werden müssen. Weitere Gespräche und ein intensiver Austausch mit der GdP werden stattfinden.

Mehr grundsätzliche Informationen zu diesem Thema findet Ihr auf unserer Homepage:

[http://www.gdp.de/gdp/gdphe.nsf/id/UNSThe_DE/\\$file/VereinbarkeitFamilieBerufPospapier.pdf](http://www.gdp.de/gdp/gdphe.nsf/id/UNSThe_DE/$file/VereinbarkeitFamilieBerufPospapier.pdf)

Sandra Temmen/Lothar Hölzgen



Die Tarifverhandlungen haben begonnen

Am 11. Oktober 2012 fand die Auftaktveranstaltung zur Tarif- und Besoldungsrunde 2013 für den öffentlichen Dienst in Hessen in Gießen statt. Bei dieser Veranstaltung ging es noch nicht um Inhalte bzw. Gewerkschaftsforderungen, sondern in erster Linie um Planungen, Vorbereitungen, erste Einschätzungen, Ausgangslagen und Rahmenbedingungen.

Zunächst einmal wird durch die mitverhandelnden Gewerkschaften die Entgeltregelung für die Jahre 2011 und 2012 mit Ablauf 31. Dezember 2012 gekündigt, um so in Neuverhandlungen mit der Arbeitgeberseite treten zu können. Des Weiteren wurde bereits die Urlaubsregelung nach § 26 TV-H durch den hessischen Innenminister gekündigt. Dies musste auch aus dem Grund geschehen, weil das Bundesarbeitsgericht (BAG) die altersmäßige Staffelung für rechtswidrig erklärte. Sie ist nach den Ausführungen des Bundesarbeitsgerichts eine unzulässige Diskriminierung wegen des Lebensalters. Dies bedeutet, dass wir keine reine Entgelttrunde haben, sondern auch über eine Neuregelung im Urlaubsrecht mit dem Arbeitgeber, dem Land Hessen, verhandeln werden.

Nicht von der arbeitgeberseitigen Kündigung erfasst sind die in § 15 TVÜ-H geregelten zusätzlichen drei Urlaubstage, die ab dem vollendeten 50. Lebensjahr gewährt werden (aber nur bis einschließlich des Jahrgangs 1969). Daher kann man davon ausgehen, dass dieser Paragraph auch so bestehen bleibt.



Die Tarifkommission der verhandelnden Gewerkschaften bei der Eröffnungsrunde der Verhandlungen. Heinz Schiskowsky (zweiter von rechts) und Petra Moosbauer (rechts).

Bevor allerdings in Hessen verhandelt wird, treffen sich die Bundestarifkommissionen einer jeden mitverhandelnden Gewerkschaft am 10. und 11. Dezember 2012 in Berlin, wie auch die der GdP, um Tarifforderungen sowie die Neuregelungen zum Urlaubsrecht für den TV-L (alle Bundesländer außer Hessen) zu beschließen. Diesen Forderungen werden sich aller Voraussicht nach auch die für das Land Hessen verhandelnden Tarifkommissionen der Gewerkschaften anschließen. Dies ergibt sich auch aus der weiterhin angestrebten Parallelität zum TV-L.

Neben den Entgeltverhandlungen (Gehaltserhöhung) und der Neuregelung des Urlaubs haben wir mit dem Land Hessen Verhandlungen zu einer neuen Entgeltordnung zu führen. Diese Entgeltordnung wird dann die Eingruppierungsregelungen des BAT ersetzen. Alle anderen Bundesländer haben diese neue Entgeltordnung bereits. Auf der Grundlage der anderen

Länder werden wir in Hessen verhandeln. Die Auftaktrunde dazu fand Anfang November im Innenministerium in Wiesbaden statt. Bei diesem Termin ging es noch nicht um Einzelheiten bzw. spezifische Inhalte, sondern die Gewerkschaften werden den Arbeitgebern eine Auflistung arbeitgeberseitiger erlasslicher Regelungen von Eingruppierungen zur Implementierung in eine Entgeltordnung zum TV-H übergeben. Die Tarifvertragsparteien haben einen möglichen Abschluss mit Wirkung zum 1. Januar 2014 vorgesehen. Daher ist es erforderlich, zeitversetzt zu den Entgeltverhandlungen auch diese Verhandlungen zu führen, da diese Vorhaben sonst zeitlich nicht zu realisieren wären.

Wir müssen das Rad in Hessen auch nicht neu erfinden, aber hessenspezifische Regelungen wird es da, wie im TV-H, aller Voraussicht nach auch geben.

Heinz Schiskowsky
GdP-Landesvorstand

EHRUNGEN

Henner Menche in den Ruhestand verabschiedet

Nach 41 Jahren im Dienst der hessischen Polizei, davon allein 37 Jahre als Schutzmann der Polizeistation Marburg, wurde PHK Hans-Heinrich Menche, genannt „Henner“, in der Beletage des Ho-

tels Rosenpark in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet.

Zuvor drehte er, nachdem er zu Hause von den Mitgliedern des Polizeimotorsportclubs mit einem Polizeiohrtimer

Opel Admiral und einer Eskorte von drei Polizeimotorrädern abgeholt worden war, eine Ehrenrunde durch Marburg.

Fortsetzung auf Seite 8



EHRUNGEN

Fortsetzung von Seite 7

Im Beisein von mehr als 60 „Wegbegleitern“, darunter der Inspekteur der Polizei, Jürgen Diehl, der Präsident der Hessischen Bereitschaftspolizei, Hans Langecker, Polizeipräsident a. D. Manfred Meise, die Polizeidirektoren i. R. Ludwig Gorol und Adolf-Walter Schürg und seinen ehemaligen Leitern der Polizeistation Marburg, EPHK Bruno Schmidt und Willi Wege, sowie der jetzige Leiter der Polizeidirektion Marburg-Biedenkopf, KD Ralph-Dieter Brede. Im Anschluss an die einführenden Worte des Stationsleiters Alfons Schold hielt sein ehemaliger Streifenpartner und jetziger Inspekteur Jürgen Diehl die Laudatio.

PHK Menche versah mehr als 32 Jahre Dienst in der Dienstgruppe A der Polizeistation Marburg und wurde in den letzten fünf Jahren als „Schutzmann vor Ort“ in Marburg eingesetzt. Sein Engagement ging über Marburg und Hessen hinaus, indem er als Vorsitzender des Poli-



Henner Menche (Bildmitte) wurde von seinem ehemaligen Streifenkollegen und jetzigem Inspekteur Jürgen Diehl (links) und dem PSt-Leiter Alfons Schold verabschiedet.

zeimotorsportclubs und 1. Deutschen Polizeioldtimerclubs Akzente setzte und Werbung für die Polizei machte. Die GdP und der Leiter der Polizeistati-

on Marburg wünschen ihm für den wohlverdienten Ruhestand vor allem Gesundheit, Glück und Zufriedenheit.

PR Alfons Schold, Marburg

EHRUNGEN

25-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

- Werner Sauer**
- Helmut Höfer**
- Wolfgang Jakob**
- Gerhard Schweitzer**
- Horst Schleinig**
- Karl Schmoll**
Kreisgruppe Bad Hersfeld/Rotenburg
- Rolf Gombert**
Kreisgruppe PASt Baunatal
- Stephan Heinz**
- Michael Wetzel**
- Gerhard Iksal**
- Thomas Andrae**
- Marco Bärtl**
- Martina Engel**
- Peter Gerhold-Hogan**
- Rainer Hartmann**
- Mario Ziebe**
- Heiko Baier**
- Hans-Werner Clobes**
- Oliver Sievers**
- Thorsten Wicke**
- Hartmut Ostwald**
Kreisgruppe Kassel
- Jürgen Diehl**
- Wilfried Faßbender**
- Hartmut Hoos**
- Jochen Jäckel**
- Karl Justus**
Kreisgruppe Ziegenhain
- Friedrich Bähr**
- Achim Heise**

- Achim Hellwig**
- Alexander Jung**
- Ralf Lauter**
- Volker Scheunemann**
- Robert Schwing**
- Stefan Vogel**
- Thomas Wahl**
- Torsten Wendt**
Bezirksgruppe Frankfurt

40-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

- Bernd Zier**
- Gerd Stahl**
Kreisgruppe Hersfeld/Rotenburg
- Reinhold Peretzki**
Kreisgruppe Fritzlar

- Joachim Bodenburg**
- Peter Dippel**
Kreisgruppe Kassel

50-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

- Michael Mönch**
Kreisgruppe Hersfeld/Rotenburg
- Walter Dolz**
- Heinfried Junghans**
Kreisgruppe Ziegenhain

60-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

- Klaus Lorenz**
Kreisgruppe Hersfeld/Rotenburg

ES VERSTARBEN

Walter Klaus	Wilfried Rose Kreisgruppe Kassel
Otto Sichau Bezirksgruppe Frankfurt	Holger Jöckel Kreisgruppe HBP Lich
Hedwig Menke Kreisgruppe Stadtverwaltung Kassel	Erich Berndt Kreisgruppe HBP Kassel
Harry Zwiener Kreisgruppe Fulda	Heinz Lombacher Kreisgruppe HLKA

Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren!

